

## TAGUNGEN

### Die Europagemeinschaften zwischen Straffung und Erweiterung

Die Tagung des Europäischen Parlaments Ende Juni stand im Zeichen der Anbahnung von Entscheidungen, die in den folgenden Wochen bereits greifbare Formen angenommen haben. Dabei sind völlig divergierende Tendenzen festzustellen, solche, die auf eine Straffung, und solche die auf eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften gerichtet sind. Eine politische Aktivierung der Sechs

stand schon lange an — jetzt schien sie durch die Initiative *De Gaulles* in dichte Nähe gerückt, da ja die Ministerpräsidenten bereits am 18. Juli dazu eine konkrete Stellung beziehen sollten. Nach allem Voraufgegangenen bestand nun die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, daß ein neues, und zwar politisches Organ geschaffen wurde, das ohne jede parlamentarische Kontrolle über den Kurs bestimmen sollte. Hierzu hat das Europäische Parlament auf seiner Junitagung Forderungen angemeldet, die im wesentlichen besagen: Die drei Gemeinschaftsorgane, also EWG, Euratom und Montanunion sollten an den Beratungen der Regierungschefs oder der Außenminister im Rahmen ihrer Aufgaben

beteiligt werden, ihre bisherigen Funktionen sollten keiner Beeinträchtigung unterliegen, dem Europäischen Parlament aber solle jährlich über den Fortgang der Dinge berichtet werden.

Das Kommuniqué, das über die Tagung der Regierungschefs vom 18. Juli in Bonn herausgegeben wurde, zeigt nun, daß diese Vorbehalte des Straßburger Parlaments nicht ohne Eindruck geblieben sind. Zwar enthält es nicht die formelle Zusage, die Gemeinschaftsorgane an sämtlichen Beratungen der Ministerpräsidenten zu beteiligen, die nun ebenfalls wie die Außenminister regelmäßig zusammentreten sollen. Für die Dauer aber ist ein Statut in Aussicht genommen, bei dessen Ausarbeitung die erwähnten Empfehlungen des Parlaments geprüft werden sollen. Darüber hinaus wurde das Europaparlament eingeladen, seine Beratungen auf die politischen Zusammenhänge auszudehnen, wobei besonders an Fragen des Universitätswesens, der Kultur und der Forschung gedacht ist.

Hier ist also der erste konkrete Ansatz dazu, den auch ohnedies unvermeidlichen Tendenzen zu einer Politisierung der EWG eine gewisse Richtung zu geben. Man kann ja auf die Dauer nicht Wirtschafts-, Handels-, Sozial- und Verkehrspolitik im luftleeren Raum treiben. Irgendwie greifen diese Fragenkreise immer in den politischen Bereich über. Das ignorieren hieße, sich auf ein Flickwerk ohne jeden organischen Zusammenhang beschränken. Unter diesen Umständen wird die Kontrolle, die das Europäische Parlament über die Tätigkeit der Ministerräte und ihrer Kommissionen auszuüben berufen ist, bei einem Fortschreiten der Integration immer wichtiger.

Nur ist gerade die Straffung der Gemeinschaften in politischem Sinne von einer anderen Seite her in Frage gestellt. England hat sich entschlossen, Verhandlungen über seinen Beitritt zu der Europagemeinschaft als Vollmitglied einzuleiten. Diese seine Abkehr von der „splendid Isolation“ und von der einseitigen Konzentration der britischen Interessen auf das Commonwealth ist als ein revolutionärer Akt bezeichnet worden — umstritten wird er in England selbst mindestens bis zum Augenblick sein, wo die Verhandlungsergebnisse vorliegen. Alle Freunde einer möglichst umfassenden Zusammenarbeit Europas aber werden den Schritt begrüßen, auch wenn sie sich darüber klar sind, daß er von allen Beteiligten Opfer um des gemeinsamen Zieles willen fordern wird.

Zunächst wird der langjährige Streit darüber, ob es eine europäische Föderation als engeren Staatenbund oder nur eine Konföderation geben soll, in den Hintergrund treten müssen. England macht ja seinen Beitritt ausdrücklich davon abhängig, daß sich die Gemeinschaft auf wirtschaftliche und soziale Ziele

beschränkt. Das ist — eben wegen des inneren Zusammenhanges dieser Fragen — für die Dauer illusionär. Bis man das aber einsieht, wird Londons Haltung jedem Versuch einer politischen Aktivierung der EWG Hemmungen auferlegen, soll das Ziel, das größere Europa, nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Es wird also lange und zähe Verhandlungen geben. Aber beide Teile können sich ein Scheitern der Verhandlungen nicht leisten, zumal von ihrem Ausgang die Haltung der anderen, bisher zur EFTA gehörigen Länder weitgehend abhängt.

Angetönt wurden diese Fragen in der grundsätzlichen Aussprache der Straßburger Junitagung; die Debatte hielt sich jedoch nur in theoretischem Rahmen. Die Entwicklung ist bereits darüber hinaus gediehen. Festgehalten sei, daß gerade aus der sozialistischen Fraktion die stärksten Stimmen für eine Heranziehung Englands zur EWG laut geworden sind, während jenseits des Kanals gerade die Labour Party und auch die Gewerkschaften sich scharf kritisch, wo nicht direkt ablehnend zu dem Schritt ihrer Regierung stellten.

Bemerkenswert war an dieser Parliaments-tagung die Verabschiedung eines *internationalen Bergarbeiterstatuts*, das in überzeugender Weise den gewerkschaftlichen Forderungen nach einer stärkeren Sicherung der Bergleute gegen die menschlichen und materiellen Gefahren ihres Berufs Rechnung trägt. Seine Durchführung wird freilich Sache der Tarifpartner sein, wenn auch die Hohe Behörde der Montanunion durch ihren Sprecher *Heinz Potthoff* dazu alle nur mögliche Hilfe in Aussicht stellte. Das Statut weist einen neuen Weg in der Bekämpfung der Berufskrankheiten. Nur zehn bis fünfzehn Jahre soll der gelernte Bergarbeiter seinen gefährvollen Beruf ausüben, dann wird ihm der Übergang zu einer anderen Beschäftigung durch die Zahlung einer Treueprämie erleichtert. Will er aber weiter unter Tage arbeiten, so darf er das nur unter einer strengen, fortdauernden ärztlichen Kontrolle. Der Vorschlag ist auch für andere Gefahrenberufe eines Nachdenkens wert. Für den Bergbau bietet er sich besonders an, weil damit dem kostspieligen Wechsel in den Belegschaften entgegengewirkt und zugleich ein Herd schwerer Berufskrankheiten und Unfallgefahren eingedämmt werden könnte. In Straßburg wirkte die Vorlage dieses Statuts so eindringlich, das es einstimmig zur Annahme gelangte. Im Gegensatz dazu fand sich ein Unternehmervertreter des deutschen Kohlenbergbaus, der mit einer demonstrativ abgegebenen Gegenstimme die ebenso einmütige Annahme von Vorschlägen für erhöhte Sicherheitsmaßnahmen im Bergbau störte, was recht kennzeichnend ist.

*Artur Saternus*